

EDITORIAL

❖ Sport und Politik haben nichts miteinander zu tun – deshalb hat sich Peking um die Olympischen Spiele beworben und den Zuschlag erhalten. Auf diesen Gedanken könnte kommen, wer die Äußerungen der Spitzen des International Olympic Committee (IOC) in diesen Wochen Revue passieren lässt. Wirklichkeitsfremd wird dort ignoriert, dass die kommunistischen Machthaber in China an den Olympischen Spielen vor allem Interesse haben, weil sie den Sport für ihre politische Selbstdarstellung auszubeuten gedenken. Der peinliche Fackellauf ist nur der Auftakt.

Die politische Propaganda des Regimes ist offizielles Olympia-Programm. Die politische Meinung des Einzelnen soll verstummen – es sei denn, sie entspricht dem offiziell vorgegebenen Duktus.

Dieses Schweigegebot setzt die Pekinger Regierung gegen die eigenen Bürger mit unachgiebiger Härte durch: sei es mithilfe des Militärs in Tibet (nachdem alle ausländischen Zeugen ausgewiesen worden waren) oder in nicht öffentlichen Tribunalen gegen Bürgerrechtler. Auch außerhalb der eigenen Grenzen setzen die chinesischen Machthaber auf diejenigen, die die Würde des Menschen mit Füßen treten: Diktator Mugabe sollte mit Waffen aus China ebenso versorgt werden wie die skrupellosen Menschenschlächter im afrikanischen Darfur.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat im Mai 2007 erklärt, das IOC habe „seine Entscheidung für Peking erkennbar auch mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Menschenrechtssituation in China im Zuge der unumkehrbaren Öffnung des Landes durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele und angesichts des überwältigenden Interesses der Weltöffentlichkeit deutlich verbessern werde“.



Der Vizepräsident des Pekinger Bewerbungskomitees, sagte vor (!) der IOC-Entscheidung, die Spiele nach Peking zu vergeben: „Indem Sie Peking gestatten, die Spiele auszutragen, helfen Sie der Entwicklung der Menschenrechte.“ Heute ist davon aus Peking nichts mehr zu hören, und

umso unbegreiflicher ist die Sprachlosigkeit der IOC-Funktionäre.

Wer nach Peking fährt, darf zum Thema Menschenrechte nicht schweigen. Es wäre aber falsch, die Verantwortung dafür auf Sportler abzuwälzen. Gefragt sind in erster Linie die Verbandsvertreter. Es geht um klare Zeichen auch unterhalb eines generellen Boykotts, zum Beispiel bei der Eröffnungsfeier. Dass die ersten Sportler erklärt haben, sich diesem Propagandaspektakel zu verweigern, verdient Respekt. Dass sich IOC-Vertreter zu solchen Zeichen bisher nicht in der Lage sehen, ist umso trauriger. Bleibt zu hoffen, dass Sportler, die sich für Menschenrechte einsetzen, wenigstens keine Sanktion des IOC befürchten müssen.

Aber bevor wir uns jetzt alle zurücklehnen und von der Tribüne aus beobachten, wie sich Sportfunktionäre und Sportler in Peking verhalten: Mindestens ebenso gefragt sind die Wirtschaft – nicht zuletzt die Olympia-Sponsoren –, die Medien, natürlich die Politik und letztlich wir alle. Gerade die deutschen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts haben doch gezeigt: Wer in der Sicherheit der Freiheit lebt und dieses Privileg nicht zum klaren Widerwort gegen Diktatoren nutzt, lässt nicht nur die in der Diktatur Unterdrückten im Stich, sondern versagt auch vor der Geschichte. ❖

Stephan Tiesel